

Diese Zeitung erscheint täglich zwei Mal,
Morgens 8 Uhr und Abends 6 Uhr.
Vierteljährlicher Abonnementspreis für Stettin 1 thlr. 10 sgr.,
mit Botenlohn 1 thlr. 17 sgr. 6 pf.
Für Pommern und das übrige Deutschland 1 thlr. 17 sgr. 6 pf.

Stettiner



Abend-Ausgabe.

Bestellungen nehmen alle Postämter an.
Für Stettin: die Graßmann'sche Buchhandlung
Schulzenstraße Nr. 341.
Redaction und Expedition daselbst.
Insertionspreis: Für die gespaltene Zeile 1 sgr.

Zeitung.

No. 167.

Mittwoch, den 9. April.

1856.

Aus dem Berichte

der vereinigten Kommissionen für Finanzen und Zölle und für Handel und Gewerbe über den Gesetz-Entwurf, betreffend die Uebernahme einer Zinsgarantie für das Anlage-Kapital einer Eisenbahn von Stargard über Belgard nach Köslin, mit einer Zweigbahn nach Colberg.

Das im Jahre 1842 mit den vereinigten Ausschüssen vereinbarte Eisenbahnnetz ist seiner Vollendung nahe und dadurch der einheitliche Zusammenhang unter den Provinzen der preussischen Monarchie erzielt worden. Die Wirkungen, welche diese große Maßregel auf das gesammte Verkehrsleben und dadurch auf die Wohlfahrt und die Steuerkraft des Landes ausgeübt hat, sind in überraschender Weise günstig ausgefallen. Auch diejenigen Bahnen, deren Bau überwiegend im politischen Interesse stattgefunden hat, von denen eine Verzinsung des Anlage-Kapitals nicht erwartet wurde, haben sich nach wenigen Jahren zu Handelsbahnen entwickelt und auch die bedeutendste dieser Anlagen, die Ostbahn, ist nach den bisherigen Ergebnissen in ihrer Rentabilität als gesichert zu betrachten. Die steigende Erhöhung der Staats-Einnahmen ist ganz überwiegend der belebenden und befruchtenden Wirkung zuzuschreiben, welche die Eisenbahnen auf die davon berührten Verkehrsgebiete ausgeübt haben, und wenn die Mängelnden der letzten Jahre nirgend einen wirklichen Nothstand hervorgerufen haben, so ist dies der Leichtigkeit zuzuschreiben, mit welcher die einzelnen Landestheile einander ihre Früchte zuzuführen im Stande sind.

Nach diesen Erfahrungen mußte die Erwägung sich aufdrängen: ob es gerechtfertigt sei, den Eisenbahn-Bau in Preußen auf die im Jahre 1842 projektirten, durch das politische und kommerzielle Interesse unmittelbar gebotenen Linien zu beschränken? Wenn der große Kosten-Aufwand, welchen die Herstellung des Eisenbahn-Verkehrs erheischt, dem Unternehmungsgeist bestimmte Grenzen vorschreibt, und wenn demnach Landestheile von geringer Ausdehnung und Produktiv-Kraft von den Wohlthaten des großen Befruchtungs-Mittels noch für längere Zeit ausgeschlossen bleiben müssen, so ändert sich doch die Lage, sobald es sich um ausgedehnte und fruchtbare Landestheile handelt. Werden diese von den Wohlthaten des großen Verkehrs-Mittels ausgeschlossen, so sind sie nicht allein außer Stande, in der Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens mit den übrigen Theilen der Monarchie gleichen Schritt zu halten, es liegt vielmehr auch die Gefahr nahe, daß die vorhandenen Kapital-Kräfte mehr und mehr von denselben abgezogen und sie dadurch in ihrer Entwicklung und in ihrer Leistungsfähigkeit zurückgedrängt werden.

In einer so nachtheiligen Lage befindet sich nun recht eigentlich die Provinz Pommern, insbesondere Hinterpommern, wenn gleich dieser ausgedehnte Landestheil vermöge seines Bodenreichtums einer bedeutenden Entwicklung fähig ist. Abgesehen von der Eisenbahn, welche Berlin und Stargard verbindet und die im Wege der Privat-Industrie dadurch ermöglicht worden, daß der altpommersche Kommunal-Rath durch Zins-Garantie ein fehlendes Kapital von 600,000 Thlr. beschaffte, hat Pommern überhaupt nur noch 4 1/2 Meilen Eisenbahn, nämlich die Strecke von Stargard in der Richtung auf Posen. Bei diesem kurzen Trakte hat sich das Gouvernement nur insoweit betheiligt, als dasselbe ein Siebentel der Kosten eingeschossen und die Zins-Garantie übernommen hat. Es bedarf keiner weiteren Ausführung, daß ein so kurzer, nur zwei pommersche Ortschaften, Stargard und Doelitz, berührender Bahntrakt als eine der Provinz Pommern zu Gute kommende Eisenbahn nicht bezeichnet werden kann. Im großen Ganzen leidet vielmehr Hinterpommern unter dem Einfluß der Ostbahn, welche dasselbe mit einem Geld und Verkehr an sich ziehenden eisernen Gürtel umgiebt, was unter anderen Nachtheilen, z. B. den so wohlthätig wirkenden Personen-Verkehr zwischen Danzig und Stettin, Hinterpommern ganz entzogen hat. Ueberhaupt genügen die in Hinterpommern bestehenden Kommunikations-Mittel den vorgeschrittenen Verhältnissen nicht mehr, und es macht sich dort das Bedürfnis nach einer Eisenbahn um so dringender geltend, als in dem Küsten-Gebiete zwischen der Oder und der Weichsel größere, den Verkehr fördernde Wasserstraßen gänzlich fehlen. Uebrigens entspricht es auch in sofern der Billigkeit, daß die in Rede stehende Eisenbahn der Provinz Pommern bewilligt werde, als diese Provinz die einzige des Vaterlandes ist, welche dem größeren Verkehr durch die Anlage von Eisenbahnen noch nicht aufgeschlossen worden.

Die Staats-Regierung hat in gerechter Anerkennung dieser Uebelstände den Häusern des Landes einen Gesetz-Entwurf vorgelegt, dessen Bestimmung es ist, den östlich von der Oder belegenen Theil der Provinz Pommern durch Herstellung eines Schienenweges von Stargard über Belgard nach Köslin mit einer Zweigbahn nach Colberg dem Eisenbahn-Verkehr zu erschließen. Die projektirte Bahnlinie durchschneidet zunächst den fruchtbaren und bevölkerten Saargir (22,42 Quadratmeilen mit 56,577 Einwohnern) und Raugarde Kreis (22,83 Quadratmeilen mit 50,599 Einwohnern), und berührt sodann die Kreise Regenwalde (21,80 Quadratmeilen mit 43,964 Einwohnern), Schivelbein (9,50

Quadratmeilen mit 17,357 Einwohnern), Belgard (20,84 Quadratmeilen mit 36,127 Einwohnern) und Fürstenthum (43,61 Quadratmeilen mit 95,390 Einwohnern.) Ihr unmittelbares Verkehrs-Gebiet umfaßt demnach eine Fläche von 140,90 Quadratmeilen mit einer Bevölkerung von 300,000 Einwohnern. Das landwirthschaftliche Gewerbe steht in einem großen Theile dieses Gebiets bereits auf einer recht befriedigenden Stufe der Entwicklung, und wird durch die Eisenbahn-Verbindung noch beträchtlich gehoben werden.

Ein anderer erheblicher Theil von Hinterpommern wird, wenn auch von der Bahn nicht berührt, doch an den Vorteilen derselben Theil haben; es sind dies die Kreise Schlawe, Nummelsburg, Stolp, Bütow, Lauenburg, Neustettin, Dramburg, Greiffenberg und der südliche Theil von Cammin mit einer Gesamtfläche von 210,000 Quadratmeilen und einer Einwohnerzahl von 375,000 Seelen. Auch dieser Theil der Provinz enthält bedeutende Flächen sehr guten Bodens, die wegen der Isolirtheit ihrer Lage bisher noch nicht zum vollen Ertrage gebracht werden konnten.

Demnach werden die Vorteile der neuen Eisenbahnverbindung einer Bevölkerung von nahe zu 675,000 Seelen auf 351 Quadratmeilen gewährt werden.

Die der Meeresküste zunächst belegenen Theile Hinterpommerns sind ungleich dichter bevölkert, als die südlich liegenden Landestheile. Dies rührt aber nicht von der größeren Güte des Bodens her, vielmehr giebt es auch im Süden sehr ausgedehnte Flächen vortrefflichen Weizenbodens, die heute noch höchst geringe Erträge gewähren. Gene dichtere Bevölkerung des Nordens der Provinz ist vielmehr im Wesentlichen eine Folge der wohlthätigen Wirkungen, welche die große Wasserstraße seit Jahrhunderten auf den Verkehr, den Absatz der Produkte und dadurch auf die Rodenkultur und den Wohlstand der angrenzenden Landestheile geübt hat. Von der Zeit an, wo man Bedacht genommen hat, das Hinterland durch Schiffssejen aufzuschließen, hat dasselbe sich den Verhältnissen der Küstengegenden mit Riesenschritten genähert, und es erscheint nicht zweifelhaft, daß die große Thätigkeit, welche sich jetzt des Schiffsbaues bemächtigt hat, vor Allem aber der Eisenbahn-Verkehr dem so sehr zurückstehenden südlichen Theil der Provinz einen außerordentlichen Aufschwung gewähren und zugleich eine Dichtigkeit der Bevölkerung hervorrufen wird, welche die jetzige der Küstengegend weit übertrifft.

Indem die unterzeichnete Kommission sich die Verhältnisse des Landestheils in allgemeinen Umrissen vergegenwärtigt hat, welcher durch das vorliegende Gesetz dem Eisenbahn-Verkehr erschlossen werden soll, ist sie einstimmig zu der Ueberzeugung gelangt, daß es sich hier um ein Unternehmen handle, welches durch die Interessen dieses ausgedehnten Gebiets dringend geboten sei. Sie ist aber zugleich darüber einverstanden, daß auch die allgemeinen Staatsinteressen davon wesentlich berührt werden. Zunächst ist schon die Eisenbahn-Verbindung der Festungen Stettin und Colberg von großer militärischer Wichtigkeit.

Nicht minder liegt es im merkantilen Interesse, daß der Hafen zu Colberg, dessen Handel in Beziehung auf den Sundzoll wesentliche Vorzugungen genießt, und der im Vergleich mit Stettin den Vortheil früherer und späterer Verschiffung gewährt, der Monarchie erschlossen werde. (Fortsetzung folgt.)

Deutschland.

SS Berlin, 8. April. Dr. Karl Eduard Behse, der bekannte Verfasser des bei Hoffmann und Campe in Hamburg erschienenen viel besprochenen Werkes: „Geschichte der kleineren, deutschen Höfe“, stand, wegen Beleidigung und Verleumdung angeklagt, am vergangenen Sonnabend den 5. d. M. vor der 4. Deputation des Kriminalgerichts. Der Angeklagte war beschuldigt, den großherzoglich mecklenburgischen Kriminal-Direktor Volke im 3. Bande seines erwähnten Werkes mehrfach den Fouché Mecklenburgs genannt zu haben, welche Bezeichnung die Anklageschrift des Staats-Anwalts deshalb für eine Beleidigung hält, weil der Name Fouché überall mit „Verath und Niederträchtigkeit“ identifiziert werde. Außerdem werden noch mehrfache von dem 2c. Volke angeführte Thatfachen als unrichtig und verleumdend erwiesen. Der Angeklagte wurde aus dem Stadtvogtei-Gefängnis, wo er bekanntlich eine sechsmonatliche Haft wegen Beleidigung des Herzogs Wilhelm von Mecklenburg abbüßte, vorgeführt und verteidigte sich selbst, indem er anführte, daß ihm das Material von dem Buchhändler Campe übergeben worden, und daß er bei dem unbedingten Glauben an die Wahrheit der ihm übergebenen Thatfachen Unvorsichtigkeit zu bereuen habe. Hinsichtlich des Vergleichs mit Fouché könne man darin keine Beleidigung finden, da historisch feststehe, daß Fouché einer der vorzüglichsten Minister Kaiser Napoleon I. und notorisch ein Feind aller Anarchisten gewesen sei, wie er denn dem französischen Kaiserreiche die erheblichsten Dienste geleistet habe. Der Staats-Anwalt hält die Anklageschrift ausreicht und beantragt Verlängerung der Strafhaft um fernere 2 Monate. Der Gerichtshof erklärte den Dr. Behse der durch die Presse begangenen

Beleidigung und Verleumdung des Volke schuldig, und verurtheilte ihn zu 4 Wochen Gefängnis, sprach dem Volke das Recht der Veröffentlichung des Erkenntnisses auf Kosten des Behse in der hiesigen Pössischen Zeitung zu und ordnete die Vernichtung der inkriminirten Stellen des 3. Bandes der „Geschichte der deutschen Höfe“ an. Behse soll übrigens durch die Haft sehr leidend und niedergedrückt sein.

Ein in der Nähe von Berlin wohnhafter Thierarzt, übrigens ein ganz loyaler Mann, ließ sich im Zustande der Trunkenheit Aeußerungen zu Schulden kommen, welche grobe Majestätsbeleidigungen involvirten und deshalb zum Gegenstande einer von der Staatsanwaltschaft gegen ihn erhobenen Anklage gemacht wurden. In der Audienz, in welcher diese Anklage verhandelt wurde, ward die Trunkenheit des Angeklagten durch die Beweisaufnahme konstatiert. Das Gericht fand sich durch diesen mildern Umstand veranlaßt, nur das niedrigste Maß der gesetzlichen Strafe, nämlich drei Monate Gefängnis, gegen den Thierarzt zu verhängen. Letzterer wendete sich, unter Berufung auf seine sonstige Loyalität, mit einem Immediatgesuch an die Gnade Sr. Majestät, um Aufhebung der erkannten Strafe bittend. Der Bescheid, den er auf sein desfallsiges Gesuch aus dem königlichen Kabinet erhielt, lautet dahin: „Se. Majestät der König haben geruht, die gegen Sie wegen Majestätsbeleidigung verhängte dreimonatige Gefängnisstrafe auf eine nur vierzehntägige Haft herabzusetzen, welche letztere Sie nicht als Strafe für die Majestätsbeleidigung, sondern für den übermäßigen Genuß geistiger Getränke anzusehen haben.“ Der Thierarzt ist sehr zufrieden mit dieser allerhöchsten Resolution und hat sich vorgenommen, im Trinken künftig sehr vorsichtig zu sein, um sich so der königlichen Nachsicht würdig zu zeigen.

Wie die „N. Pr. Ztg.“ hört, gedenkt der König und die königlichen Prinzen der am 25. in Braunschweig stattfindenden 25jährigen Regierungsfeier des Herzogs von Braunschweig beizuwohnen.

Außer dem Regierungsrath v. Krosigk wird, wie die „N. Pr. Ztg.“ hört, auch der Regierungsrath v. Schweinitz, bisher Hilfs-Arbeiter im Ministerium für Handel und Gewerbe, in das Ministerium des Königl. Hauses berufen werden.

Die Nr. 41 der Berliner „Gerichts-Ztg.“ enthält Folgendes: „Dem Vernehmen nach hat sich der bisherige Vice-Präsident der Oberrechnungskammer, Seiffarth, der sich am Harze aufhielt, bereits aus dem Bereiche der preussischen Staaten entfernt, da er wohl hat einsehen müssen, daß seines Bleibens als Beamter hier nicht länger war.“ Die Sp. Z. kann nun aus der zuverlässigsten Quelle dagegen berichten, daß der Präsident Seiffarth seit Anfang der Depeschendienst-Angelegenheit weder Potsdam, noch die preussischen Staaten verlassen, mithin also auch am Harz sich nicht aufgehalten hat, sondern ruhig an Ort und Stelle der erwähnten Angelegenheit und deren Ergebnis entgegensteht.

Der Gesetz-Entwurf, die Forterhebung eines Zuschlags zur klassifizirten Einkommensteuer, zur Klassensteuer und zur Mahl- und Schlachtsteuer ist in Folge des vom Herrenhause gefaßten, abweichenden Beschlusses an das Haus der Abgeordneten zurückgekommen und wird nun in diesem zur nochmaligen Verathung und Beschlußnahme gelangen. Die vom Herrenhause zugleich beschlossene Resolution ist dem Abgeordneten-Hause ebenfalls zugegangen.

Nach einer Bekanntmachung des k. Oberpräsidenten der Provinz Posen ist die Leitung des Baues der Eisenbahn von Kreuz über Küstrin nach Frankfurt a. O., zugleich mit dem Vorste und der zu diesem Behufe laut Allerhöchsten Erlasses vom 19. v. M. angeordneten Eisenbahnbaukommission, dem Regierungs- und Bau-rath Stein, und die Führung der administrativen Geschäfte dem Regierungsdassessor v. Mutius als zweitem Mitgliede der Kommission, Seitens des Herrn Handelsministers übertragen worden.

Das Ober-Tribunal hat noch kürzlich in einem sehr wichtigen, eine adlige Familie Westpreußens betreffenden, Erbschafts-prozeß angenommen, daß die besonderen Erbrechte adliger Familien jenes Landestheiles noch in Kraft bestehen und zu den von der Verfassung aufgehobenen Standesvorrechten und Privilegien nicht gehören. Namentlich sei es ein noch heut zu Recht bestehender Grundsatz, daß den Töchtern adliger Eltern in Westpreußen bei Konkurrenz mit Brüdern oder deren Abkömmlingen kein Erbrecht auf den väterlichen oder mütterlichen Nachlaß zustehe, dieselben haben vielmehr nur einen Brautkauf zu fordern.

Oesterreich.

Wien, 6. April. Der Einzug der Bischöfe des Reiches am heutigen Vormittage nahm das Interesse des Publikums ziemlich in Anspruch. Um neun Uhr Vormittags setzte sich der Zug des Episkopats aus dem fürstbischöflichen Palais in Bewegung, nahm die Richtung über den Stephansplatz und lenkte sodann bei dem Kaiser-Thore in das Innere des glänzend erleuchteten und decorirten Domes. Den Zug eröffneten die Mummien des erzbischöflichen Seminars, ihnen folgten die Geistlichen aller Pfarren in der Stadt und den Vorstädten, worauf die Bischöfe selbst nach der Zeitfolge ihrer Konsekration und sodann die Erzbischöfe nach

